



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in feministische Diskussionen zu „Gender & Development“ – Analysen und Positionen zu Geschlechtergleichstellung und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 2/2024

Frauen*armut ist kein Schicksal! UN-Frauenstatuskommission fordert Weichenstellungen und Investitionen

Einleitung

Die Bekämpfung von Frauen*armut als Weg zur Erreichung der Geschlechtergleichstellung stand im Mittelpunkt der diesjährigen Tagung der UN-Frauenstatuskommission (CSW).

Das Tagungsthema war – wie so oft – etwas sperrig formuliert:

„Accelerating the achievement of gender equality and the empowerment of all women and girls by addressing poverty and strengthening institutions and financing with a gender perspective“.

Tania Napravnik von „Women on Air“ hat als WIDE-Vertreterin an dieser Tagung (CSW68) teilgenommen – ihr Bericht leitet dieses WIDE-Update ein.

Genderspezifische Gründe für Armut sind vielfach bekannt – auch Wege aus der Armut. Maßnahmen werden jedoch sehr ungenügend umgesetzt. Eine „Stärkung von Institutionen und Finanzierung aus einer Gender-Perspektive“ ist vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen mehr denn je notwendig.

Die weltweite Rezession im Gefolge der Corona-Pandemie, fortschreitende Klimakrise und Kriege führen dazu, dass inzwischen wieder viel mehr Menschen – und dabei Frauen* weiterhin überproportional – von Armut betroffen sind.

In diesem WIDE-Update werden Analysen feministischer Expert*innen vorgestellt, welche im Vorfeld der CSW-Tagung erarbeitet worden sind. Im Mittelpunkt stehen mögliche

Maßnahmen zur Überwindung speziell von Frauen*armut. Es ist ein breites Spektrum an Aktionsfeldern, das zur Sprache kommt; Handlungsfelder auf nationaler wie auf internationaler Ebene werden ausgeleuchtet.

Als letzter Beitrag nach den CSW-Expert*innen-Beiträgen fällt die Vorstellung des Human Development Reports 2023/2024 etwas aus der Reihe; in diesem Bericht geht es jedoch auch um die Frage der Armutsbekämpfung. Es wird auf die globalen Interdependenzen und die zunehmende politische Polarisierung eingegangen und aufgezeigt, warum kein Weg an internationaler Zusammenarbeit vorbeiführt!

Wir wünschen gute Lektüre!

Inhalt

- Einleitung 1
- Berichte von der CSW68 2
- Feministische Expert*innen-Analysen im Vorfeld der CSW68 3
- Weitere Berichte / Human Development Report 8
- Glossar / Abkürzungen 9

Berichte von der CSW68 Fokus: Armutsbekämpfung

Bericht von Tania Napravnik (WIDE)

Auf der Jahrestagung der UN-Frauenstatuskommission (*Commission on the Status of Women, CSW*) kommen Regierungsvertreter*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen, aus aller Welt zusammen, um sich auf Maßnahmen zu einigen, die die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen können. Die 68. Jahrestagung der CSW, die größte jährliche Veranstaltung der Vereinten Nationen zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Stärkung der Rolle der Frau, fand vom 11. bis 22. März 2024 in New York statt. Das Schwerpunktthema war „Armutsbekämpfung und Stärkung der Institutionen und der Finanzierung zur Beschleunigung der Gleichstellung der Geschlechter“.

Gegenwärtig leben laut UNO weltweit 10,3 Prozent der Frauen* in extremer Armut. Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) bis 2030 zu erreichen, müssten die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung 26-mal schneller sein. Die Lösungen zur Beendigung der Frauenarmut sind weithin anerkannt: Investitionen in politische Maßnahmen und Programme, die die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern beseitigen und die Handlungsfähigkeit und Führungsqualitäten von Frauen stärken. Durch solche Investitionen könnten mehr als 100 Millionen Frauen und Mädchen aus der Armut befreit werden, wenn Regierungen Bildung und Familienplanung, faire und gleiche Löhne und erweiterte Sozialleistungen in den Vordergrund stellen würden.

Als Nominierte von WIDE war ich vor Ort Teil der österreichischen Regierungsdelegation und habe hautnah miterlebt, wie über den globalen Frauen*status diskutiert wurde. Das fachliche Ziel der Konferenz sind die „Agreed Conclusions“: das von den Regierungsvertreter*innen der UN-Mitgliedstaaten verabschiedete Abschlussdokument der CSW, das den internationalen Ton in der Frauen*politik vorgibt. Ingeborg Geyer von Zonta International erklärte in einem der Interviews, die ich mit NGO-Vertreterinnen führte, dass die Agreed Conclusions zwar unverbindlich seien, man aber damit im jeweiligen

Heimatland Empfehlungen bzw. Forderungen an die Regierung stellen kann. Sie zeichnen sich vielfach durch ihre progressive Sprache aus; an vielen Stellen wird etwa auf die unbezahlte Care-Arbeit von Frauen* hingewiesen, die Geschlechtergleichstellung verunmöglicht. Andererseits finden sich keine Beiträge zu LGBTQI*-Personen, und sie beziehen sich auf ein traditionelles Familienverständnis.

Im Rahmen der Verhandlungen zu den CSW-Schlussfolgerungen setzte sich der negative Trend der vergangenen Jahre hinsichtlich des starken „Pushbacks“ gegen Gendersprache und Menschenrechtsbezüge im Text fort. Aufgrund der Liquiditätskrise der UNO konnten die Verhandlungen in diesem Jahr nur während der offiziellen Öffnungszeiten der UNO (10:00-18:00) stattfinden. Aus den NGO-Briefings vor Ort ging deutlich hervor, dass das progressive Wording angesichts der aktuellen geopolitischen Situation fast ein Wunder sei. Weiters wurde betont, wie wichtig die Rolle von Männern und Jungen als strategische Partner und die Zivilgesellschaft als Fürsprecherin für Frauenrechte ist. Katharina Kräftner, Vize-Präsidentin von UN Women Austria, kommentierte die Konferenz folgendermaßen: „Ich nehme die positive Stimmung für Gender Equality mit nach Hause. Bei über 9.000 Konferenzteilnehmenden habe ich viele Gleichgesinnte getroffen; das hat gutgetan.“ (TN)

UN WOMEN (o.J.): [68th session of the Commission on the Status of Women](#)

Gemeinsame NGO-Stellungnahme zur CSW-Abschlusserklärung

Kurz nach Abschluss der CSW 2024 hat der *Women's Rights Caucus* (WRC) eine Stellungnahme zur offiziellen Abschlusserklärung, den „*Agreed Conclusions*“, veröffentlicht, welche sowohl positive Ergebnisse als auch Leerstellen benennt.

Der *Women's Rights Caucus* ist ein globaler Zusammenschluss von mehr als 400 feministischen Organisationen, Netzwerken und Einzelpersonen, die sich aus einer dekolonialen und feministischen Perspektive für Geschlechtergleichstellung bei den Vereinten Nationen einsetzt. Zusammengefasst unter „wirtschaftliche Gerechtigkeit“ hebt der *Women's Rights*

Caucus Fortschritte in den Bereichen Steuern, Verschuldung (unter anderem das Aussetzen von Schuldentzählungen, Umschuldung, Schuldenerlass), Care-Arbeit, Sanktionen und Datensammlung hervor. Im Steuerbereich erwähnt WRC unter anderem die Eindämmung von illegalen Finanzströmen („illicit financial flows“), die Bewertung von Steuerpolitiken auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Mädchen, die Forderung nach Anhebung von progressiven Steuern (inklusive Vermögens- und Unternehmenssteuern) und der Reduzierung von regressiven Steuern sowie die Abschaffung von sogenannten „pink taxes“ (siehe Glossar). Im Bereich Care-Arbeit hebt WRC unter anderem die Anerkennung, Verringerung und Umverteilung des unverhältnismäßig hohen Anteils an durch Frauen und Mädchen ausgeübter unbezahlter Pflege- und Hausarbeit hervor, die durch nachhaltige Investitionen in den Care-Sektor, die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie durch Maßnahmen zur Messung des Wertes von Care-Arbeit ermöglicht werden soll. Darüber hinaus wird erstmals in den *Agreed Conclusions* die Notwendigkeit der Sammlung von Daten auf individueller Ebene („individual-level data“) anerkannt, um multidimensionale Armut zu bekämpfen.

In Bezug auf Klimagerechtigkeit stellt WRC fest, dass die Zusammenhänge des CSW-Schwerpunktthemas mit dem Klimawandel, von dem Frauen und Mädchen überproportional betroffen sind, im Text nicht klar herausgearbeitet wurden. Zudem wurde laut WRC die Gelegenheit verpasst, die Notwendigkeit einer neuen, zusätzlichen und schuldenfreien Klimafinanzierung, insbesondere für die Länder des Globalen Südens, klar zu formulieren.

Auch die Menschenrechte von LGBTIQ-Personen wurden in den *Agreed Conclusions* nicht berücksichtigt. WRC stellt einen deutlichen Pushback gegen Formulierungen, die verschiedene Geschlechtsidentitäten miteinschließt fest, beispielweise durch das Infrage stellen des Begriffs „gender-based violence“ wie auch durch fehlende Flexibilität vieler Mitgliedstaaten, was Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) betrifft. Rechte Akteur*innen haben während der CSW verstärkt gegen SRGR und Rechte von LGBTIQ-Personen mobilisiert und lobbyiert. Trotz Widerstands wurden jedoch Verweise auf geschlechts-

spezifische Gewalt und „sexuelle und reproduktive Gesundheit“ in die *Agreed Conclusions* aufgenommen. WRC hebt auch die Empfehlungen zur Erhöhung der Investitionen in Gesundheitstechnologien und die Anerkennung des Rechts der Frauen, über alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit ihrer Sexualität, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, frei und selbstbestimmt zu entscheiden, positiv hervor.

Auf der 68. CSW wurde auch eine neue HIV/AIDS-Resolution durch die Kommission angenommen, die eine Aktualisierung der Resolution „Frauen, Mädchen und HIV und AIDS“ (CSW 60/2) aus dem Jahr 2016 darstellt, die mit der Agenda 2030, der Politischen Erklärung zu HIV/AIDS aus dem Jahr 2021 und den 10-10-10-Zielen für HIV/AIDS in Einklang gebracht worden ist. WRC sieht darin die Möglichkeit, die Lücke zwischen den normativen globalen politischen Rahmenbedingungen und den nationalen Strategien und Maßnahmen zu schließen.

Abschließend kritisiert WRC, dass die *Agreed Conclusions* keine Formulierung zur Verurteilung von Besatzung und zur Unterstützung eines spezifischen Verweises auf einen dauerhaften Waffenstillstand im Gazastreifen enthalten, der während der Verhandlungen zur Sprache gebracht worden war. (AK)

Fòs Feminista (27.3.2024): [Women’s Rights Caucus Statement on the CSW68 Agreed Conclusions](#)

Feministische Expert*innen-Analysen im Vorfeld der CSW68

Reduzierung der Frauenarmut durch neue Entwicklungsstrategien

Anlässlich des Expertinnen-Treffens im Vorfeld der 68. UN-Frauenstatuskommission zum Thema Armutsbekämpfung durch Stärkung von Institutionen und Finanzierung von Genderperspektiven hat die renommierte feministische Ökonomin Diane Elson, emeritierte Professorin der University of Essex, ein ausführliches Hintergrunddokument mit umfassenden Vorschlägen zur Stärkung von Frauen und Mädchen vorgelegt.

Sie untersucht dabei nicht nur das Konzept geschlechtsspezifischer Armut als Prozess, sondern befasst sich auch mit den

wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die Frauen benachteiligen. Weiters zeigt sie auf, wie Pflege- bzw. Sorgearbeit („care work“) das Rückgrat der Gesellschaft bildet, jedoch diese bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Arbeitspolitik marginal bleibt. Mithilfe einer intersektionalen Genderanalyse arbeitet sie heraus, wie öffentliche Institutionen fortschrittliche sozio-ökonomische Entwicklungsmodelle zur Ausrottung von Armut übernehmen können. Frauen und Mädchen sieht sie dabei keineswegs als passiv an, sondern genau sie sind auch die Vermittlerinnen des Wandels. Elson legt eine Fülle an Beweisen vor, die aufzeigen, dass Frauen stärker unter Armut betroffen sind und weist auch ausdrücklich darauf hin, dass all diese erfassten Daten noch dazu die Tendenz haben, die Zahl der in Armut lebenden Frauen zu unterschätzen.

Mit dem von ihr vorgestellten Konzept der Erschöpfung zeigt sie auf, dass Menschen nicht nur „zurückgelassen“ werden, sondern „zurückgedrängt“ werden - bezogen auf das Versprechen der Agenda 203 für nachhaltige Entwicklung, „niemanden zurückzulassen“. Genau das passiert aber aktuell nicht, im Gegenteil, der Wohlstand vieler Bevölkerungsgruppen sinkt oft auf eine Weise, von der sie sich nicht mehr völlig erholen können. Arme Frauen sind besonders gefährdet. Elson zeigt unter anderem am Beispiel Landenteignung auf, wie Kräfte eines extraktivistischen Entwicklungsansatzes als Haupttreiber der Verschlechterung für das Leben so vieler wirkt.

Auf Basis von Menschenrechten und dem Wohlergehen aller legt sie eine Reihe von transformativen Strategien und politischen Empfehlungen vor, die alternative Wirtschaftsmodelle unterstützen und Frauen aus der Armut bringen können. Ihr Fazit:

Die Kosten des Nichthandelns sind entsetzlich. Wenn die Regierungen ihre Entwicklungsstrategien nicht überdenken und nicht dringend handeln, um die notwendigen Investitionen zu mobilisieren, werden die Leben von Millionen von Frauen zerstört. Aber wenn die Regierungen handeln, könnte es durch Strategien zur Schaffung grüner und fürsorglicher Volkswirtschaften zu Wiederauffüllung und Regeneration kommen. (GEJ)

Elson, Diana (3.10.2023): [Reducing Women's Poverty Through New Development Strategies](#)

Das internationale Finanzsystem und die Armut von Frauen

Ein weiteres Expert*innen-Dokument zur 68. Sitzung der Frauenstatuskommission 2024 stammt von Jayati Ghosh, Wirtschaftsprofessorin an der Massachusetts Universität. Sie analysiert das internationale Finanzsystem im Hinblick auf Möglichkeiten, wie durch dieses die Armut von Frauen reduziert werden könnte.

Sie beschreibt im ersten Teil ihres Beitrags den Hintergrund der internationalen und externen Finanzliberalisierung, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einsetzte, und die wachsende Beteiligung der Entwicklungsländer an den internationalen Kapitalmärkten in den letzten beiden Jahrzehnten. Im zweiten Abschnitt befasst sie sich mit der bedeutendsten Ausprägung davon: der anhaltenden Schuldenkrise in vielen Ländern. Im dritten Abschnitt hebt sie den Zusammenhang zwischen globalen Lebensmittelpreisen und Finanzinvestitionen hervor und untersucht, wie sich dies unmittelbar auf geschlechtsspezifische Nahrungsmittelarmut auswirkt. Der vierte Abschnitt enthält eine Reihe politischer Empfehlungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Eigentlich wäre es die Aufgabe der internationalen Finanzarchitektur, Ressourcen von kapitalreichen in kapitalarme Länder zu transferieren. Ghosh zeigt auf, dass dies jedoch eher selten passiert und allzu oft mobiles Kapital in die falsche Richtung fließt. Sie erklärt, dass das aktuelle internationale Finanzsystem nicht verstanden werden kann, ohne zu erkennen, wie sehr es sich in den letzten Jahrzehnten verändert hat, hauptsächlich aufgrund von Maßnahmen zur Finanzliberalisierung, die sowohl in Industriestaaten als auch in Entwicklungsländern ergriffen wurden. Diese zielten darauf ab, die regulatorische Kontrolle über die institutionellen Strukturen, Instrumente und Aktivitäten von Akteuren in verschiedenen Segmenten des Finanzsektors zu verwässern oder abzubauen.

Ein entscheidender Punkt ihrer Analyse sind die Hinweise darauf, was unbedingt vermieden werden muss, damit Schuldenerlassprogramme nicht zu Lasten von Frauen gehen. Dies deshalb, weil der Schaden der damit angerichtet wird, nicht ausgeglichen oder kompensiert werden könne durch Handlungen, die angeblich den Frauen

zugutekämen. Etwa sollte kein Schuldenerlass gewährt werden, der so gering und so verzögert ist, dass er nur sehr geringe Auswirkungen auf die Haushaltskraft des Staates hat.

Ein weiterer wichtiger Fokus liegt auf Ernährung und Finanzsystem. Sie zeigt anhand des Berichtes der FAO über den Stand der Ernährungssicherheit und Ernährung in der Welt 2023 das riesige Ausmaß der Ernährungskrise auf, dem vor allem der globale Süden und dort wiederum Frauen aktuell ausgesetzt sind: Rund 122 Millionen mehr Menschen litten im Jahr 2022 an Hunger als im Jahr 2019, vor der globalen Pandemie. Zu den Ursachen zählt unter anderem der Anstieg der Lebensmittelpreise. Schätzungsweise 42 Prozent der Weltbevölkerung – mehr als 3,1 Milliarden Menschen – konnten sich im Jahr 2021 keine gesunde Ernährung leisten. Da geschlechtsspezifische Ungleichheiten beim Zugang zu Nahrungsmitteln weit verbreitet sind, insbesondere in den ärmsten Teilen der Welt, sind Frauen und Mädchen hinsichtlich der Ernährungsindikatoren weiterhin am stärksten betroffen.

In ihren Schlussfolgerungen weist Ghosh darauf hin, dass scheinbar geschlechtsneutrale Wirtschaftspolitiken effektiv auf geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die unbezahlte und unterbezahlte Arbeit von Frauen setzen, um die gefühlte Härte der Haushaltskürzungen und der Kürzungen bestimmter Arten von öffentlichen Ausgaben und öffentlichen Leistungen abzufedern.

Dies zu ignorieren sei aus Sicht der Gleichberechtigung, des Wohlergehens von Frauen und der sozioökonomischen Gerechtigkeit nicht nur schlecht, sondern kann auch zu einer Verschärfung der materiellen Bedingungen und geringeren Chancen auf eine stabile und nachhaltige wirtschaftliche Erholung von einer Schuldenkrise führen. Daher sei es notwendig, dass Schuldenerlasspakete diese Auswirkungen ausdrücklich berücksichtigen und sich der geschlechtsspezifischen Unterschiede bewusst sind. (GEJ)

Ghosh, Jayati (3.10.2023): [The International Financial System and Women's Poverty](#)

Feministische Politische Ökologie

Wendy Harcourt, ehemalige Vorsitzende von WIDE International in der Mitte der 2000-Nulljahre und jetzt Professorin für Gender,

Diversity and Sustainable Development am *International Institute of Social Studies, Erasmus University Rotterdam* in den Niederlanden, präsentierte das Konzept einer Feministischen Politische Ökologie („Feminist Political Ecology“) als feministische Alternative. Ihr Ansatz mit dem Fokus auf Pflege/Sorge („care“) hilft, die gegenwärtigen ökonomischen, Umwelt- und geo-politischen Krisen zu analysieren und weg zu kommen vom extraktiven Wirtschaftswachstum und von den großen Ungleichheiten hin zur Umverteilung des Wohlstands und zu neuen Prioritäten im Zusammenleben für nachhaltige Entwicklung zu finden. Sie betont die Relevanz von „Earthcare“ für Menschen, „mehr-als-menschliche Wesen“ („more-than-humans“) und den Planeten.

Zehn Punkte betont die Feministische Politische Ökologie:

1. Infragestellung von sogenannter wissenschaftlicher Objektivität, die eine gender-orientierte Betrachtungsweise sowie koloniale Geschichte in der Umweltausbeutung ignoriert.
2. Analyse von den intra-Haushalt Dynamiken, die den Zugang zu Ressourcen und Konsum bestimmen.
3. Gender-Umwelt Beziehungen müssen auch auf der Makroebene verstanden werden, um die Vernachlässigung der Stimmen und Aktionen von Frauen zu korrigieren.
4. Die koloniale Geschichte beeinflusst bis heute die Entwicklungspolitik und braucht deshalb eine Erweiterung des üblichen Fokus auf ‚smarte Technologie‘, ‚Grüne Ökonomie‘ oder die SDGs.
5. Die Politik der Pflege/Sorge („politics of care“) muss als ethisches und politisches Konzept thematisiert werden, um zu Geschlechtergerechtigkeit zu führen.
6. Eine feministische Sorgeökonomie für menschliche und „mehr-als-menschliche“ Wesen muss anerkannt, gefördert und praktiziert werden.
7. Sorge/Pflege (care) muss als zentrales Wirtschaftskonzept verstanden werden.
8. Earthcare soll in den Diskussionen um Nachhaltigkeit zentral stehen. Beispiele finden sich in den Handlungen von indigenen Völkern, wo gemeinschaftliche Entscheidungsorgane, kollektives Arbeiten

und kollektiver Landbesitz die Umwelt und natürliche Ressourcen schützen.

9. Abgesehen von „Earthcare“ sollen kollektive Mikro-Care Ansätze auch in urbanen Gemeinschaften in der Reproduktion des sozialen Miteinanders analysiert und deren Lektionen verbreitet werden.
10. Eine umfassende Care-Strategie hat die Aussicht den schädlichen Klimawandel zu verringern und eine neue Utopie zu realisieren.

Die Feministische Politische Ökologie fußt auf einer fundamentalen Kritik des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystems und propagiert ein gender-orientiertes, auf Gleichstellung bezogenes Miteinander, das auch die Pflege und Sorge für die Umwelt miteinbezieht. (BH)

Wendy Harcourt, Wendy (o.J./2023): [Feminist Political Ecology](#)

Menschenrechtsansatz gegen geschlechtsspezifische Armut

Armut im Verständnis der Menschenrechte ist mehr als die bloße Abwesenheit von Einkommen oder Wohlstand. Armut ist ein Zustand chronischer Entbehrung der notwendigen Ressourcen und Möglichkeiten zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards und der Ausübung von grundlegenden Menschenrechten. Dabei ist Armut nicht gleich Armut, da dieser Zustand eng verflochten ist mit anderen bereits bestehenden Ungleichheiten und Diskriminierungsmechanismen in der Gesellschaft. Frauen*/weiblich gelesene Personen erleben Armut unterschiedlich je nach *race**, Migrationsstatus, Alter, Behinderung, Religion, geografischer Lage, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

Die aktuellen, globalen Polykrisen machen unübersehbar deutlich, dass das derzeitige kapitalistische Wirtschaftssystem bereits bestehende Ungleichheit verstärkt, da Wechselwirkungen zwischen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen nicht berücksichtigt werden. Es wird ignoriert, dass das bestehende Wirtschaftsmodell auf zutiefst patriarchalen, rassistischen Strukturen fußt. Die COVID-19 Krise machte überdeutlich, welche systemrelevante Rolle Pflege- und

Betreuungsarbeit in der Gesellschaft haben. Beide Tätigkeiten und Berufsfelder werden meistens unterbezahlt oder im Familienkontext unbezahlt von vor allem Frauen*/weiblich gelesenen Personen ausgeübt werden.

Diese Tatsache zeigt sich auch in internationalen und nationalen Bemühungen, Frauen und Mädchen in genau dieses ungleiche Wirtschaftssystem zu integrieren. Dabei wird vergessen, dass es für eine gleichberechtigte Integration von Frauen*/weiblich gelesenen Personen zuerst die Verwirklichung vieler anderer Frauenrechte benötigt. Um langfristig Armut und geschlechtsspezifische Diskriminierung zu beseitigen, ist es von wesentlicher Bedeutung die oben genannten gesellschaftlichen Faktoren einzubeziehen, einschließlich ungleicher Geschlechter- und Machtverhältnisse in Familien, Gemeinschaften, Institutionen und Märkten.

Abgeleitet von diesem Verständnis des globalen Wirtschaftssystems baut die menschenrechtsbasierte Wirtschaft auf feministischen Wirtschaftsansätzen auf. Dabei werden die Verteilung von Vermögen und Einkommen, die Dynamik innerhalb eines Haushalts, der Zugang und die Kontrolle über Vermögenswerte, der Umweltschutz, die Pflege- und Betreuungsarbeit, und das Wohlergehen sowie das Recht von Frauen und Mädchen auf Erholung und Freizeit als zentrale Elemente der Gleichstellung der Geschlechter und der nachhaltigen Entwicklung zur Grundlage für politische Empfehlung an Staaten, internationale Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen genutzt.

Die Grundlage für politische Empfehlung von OHCHR an Staaten, internationale Institutionen und privatwirtschaftliche Unternehmen ist die Analyse der Verteilung von Vermögen und Einkommen, die Dynamik innerhalb eines Haushalts, der Zugang und die Kontrolle über Vermögenswerte, der Umweltschutz, die Pflege- und Betreuungsarbeit. Dazu gehören auch Wohlergehen sowie das Recht von Frauen und Mädchen auf Erholung und Freizeit. (MZ)

* Anmerkung: Der englische Begriff „*race*“ ist hier nicht mit dem Begriff „Rasse“ ins Deutsche zu übersetzen. *Race* wird hier als soziales und historisch produziertes Konstrukt verstanden. Dabei wird *race* als Analysekonzept genutzt, dass rassistisches Wissen und Praktiken sowie daraus resultierende Machtgefälle und

Diskriminierungen in der Gesellschaftsanalyse einbezieht. Der deutsche "Rasse"-Begriff bezieht sich auf die falsche, rassistische Annahme, dass es verschiedene Menschenrassen gibt.

OHCHR (o.J./2023): [Applying the human rights framework to address gendered poverty](#)

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte: zentral für Armutsbekämpfung

Um die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen in der Wirtschaft zu erreichen, muss sichergestellt werden, dass Mädchen und Frauen einen einfachen Zugang zu ihren sexuellen, reproduktiven und gesundheitlichen Rechten haben und diese auch nutzen können.

Mit einem Blick auf die Entwicklungsländer ist es wichtig zu erwähnen, dass Mädchen und Frauen umso weniger Zugang zu SRHR und allgemeiner Gesundheitsversorgung haben, je ärmer die Haushalte sind. 44 Prozent der Frauen in Partnerschaften (von 68 berichtender Ländern) sind nicht in der Lage, ihre eigenen Entscheidungen über Gesundheitsversorgung, Verhütung oder Sex zu treffen. Dies führt dazu, dass bereits ehr junge Frauen und Jugendliche schwanger werden. In ärmeren Ländern ist das Risiko an der Geburt zu sterben dabei doppelt so hoch, da sie keinen angemessenen Zugang zu Geburtshilfe oder postnataler Versorgung haben. Weiters müssen viele Mädchen durch Schwangerschaft und Mutterschaft die Schule abbrechen.

Darüber hinaus schreiben Geschlechterrollen und -normen weltweit vor, dass Frauen $\frac{3}{4}$ der unbezahlten Betreuungs- und Reproduktionsarbeit übernehmen, was mehr als 75 % der gesamten Arbeitsstunden entspricht und als "Mutterschaftsstrafe" bezeichnet wird.

All diese Faktoren tragen dazu bei, dass Haushalte mit Kindern, und insbesondere Haushalte mit vielen Kindern und alleinerziehende Mütter mit Kindern, zu den ärmsten der Welt gehören und in Bezug auf Gesundheit, Bildung und Einkommen benachteiligt sind.

Investitionen in SRHR haben mehrere Auswirkungen. Erstens erhöht der Zugang zu und die Nutzung von Verhütungsmitteln und Angeboten der reproduktiven Gesundheit die Entscheidungsmacht von Frauen in Bezug auf

Fruchtbarkeit, Bildung und Karriere. Außerdem bringt jeder Dollar, der in SRHR investiert wird, den Familien und Gesellschaften eine Rendite von fast 8,5 USD. Abschließend empfiehlt die UNFPA, SRHR in Gesundheitsprogramme einzubeziehen und eine geschlechtsspezifische Politik zu entwickeln. Dies würde dazu beitragen, die unverhältnismäßig hohe Belastung von Frauen durch reproduktive Arbeit oder unbezahlte Pflegearbeit zu erkennen, zu reduzieren und umzuverteilen. Zuletzt sollen Maßnahmen getroffen werden, um Frauen in Entscheidungsprozessen zu stärken und von Frauen geführte Organisationen zu finanzieren und an ausschlaggebenden Programmen zu beteiligen. (KP)

UNFPA (o.J./2023): [Sexual and reproductive health and rights: a key pillar to addressing poverty from a gender perspective](#)

Ressourcenmobilisierung für lokale Frauen*organisationen

Leila Hessini, feministische Strategin und Vorstandsmitglied der internationalen Frauen*rechtsorganisation AWID, beschreibt in ihrem Expert*innen-Papier, das sie anlässlich der 68. Frauenstatuskommission verfasst hat, feministische Ansätze zur Ressourcenmobilisierung, um den geschlechtsspezifischen Ungleichheiten entgegen zu wirken. In ihrer Kontextualisierung geht sie auf erschreckende Daten ein: die Anstrengungen zur Beseitigung der Armut müsste 26-mal schneller sein, um die SDGs 2030 zu erreichen. Des Weiteren zeigt sie auf, dass es fast 300 Jahren dauern wird, um diskriminierende Gesetze zu beseitigen und die vorherrschenden Lücken im Rechtsschutz für Frauen* und Mädchen zu schließen, wenn die Gesetzgeber*innen in diesem Tempo weitermachen und die Dringlichkeit nicht erkennen. Die heurige Frauenstatuskommission ermöglicht es daher, so Hessini, den Status-Quo zu erheben, wo die globale Gemeinschaft steht, um neue Paradigmen über Gender und Armut einzubringen und Regierungen und Geldgeber*innen erneut daran zu erinnern, auf Errungenschaften aufzubauen, verfestigte Herausforderungen zu erkennen und diejenigen zu unterstützen, die die Gleichstellung der Geschlechter fördern sowie die Armutsbekämpfung auf lokaler Ebene angehen.

Sie mahnt ein, dass die Weltgemeinschaft nur dann die SDGs erreichen können, wenn Regierungen und große internationale Hilfsorganisationen lokale feministische Organisationen, die auf feministischen Grundsätzen, Gendergerechtigkeit, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit beruhen, ausreichend und nachhaltig finanzieren. Eine solche Ressourcenmobilisierung erfordert eine Abkehr von neo-liberalen Entwicklungsmodellen hin zu einer care-sensiblen und gerechteren Wirtschaft, in der eine universelle Sozialpolitik in den Bereichen der Beschäftigung, der Gesundheitsfürsorge und Bildung vorangetrieben wird. Dafür braucht es ein kollektives Bemühen, das alle Formen von Unterdrückung, Marginalisierung und Diskriminierung beendet, so Hessini.

Die Autorin macht deutlich, dass Frauen*organisationen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen eine entscheidende Rolle in der Umsetzung der SDGs spielen, denn sie fordern Rechenschaft von transnationalen Organisationen sowie von Regierungen ein, wenn diese ihre Arbeit nicht leisten. Damit feministische Gruppen aber genügend Ressourcen haben, um dies zu tun, formuliert Hessini klare Empfehlungen an die Mitglieder der UN. Die Empfehlungen stellen einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung feministischer Ökonomien dar. (JG)

Hessini, Leila (o.J./2023): [Feminist approaches to resource mobilization to address intersectional gender disparities](#)

Weitere Berichte

Human Development Report: Blockaden durchbrechen

Internationale und multilaterale Kooperation ist angesichts der vielfachen miteinander verknüpften globalen Herausforderungen mehr denn je gefordert. Im aktuellen UN-Report über die menschliche Entwicklung 2023/2024 wird der Versuch unternommen, aufzuzeigen, an welchen Stellschrauben gedreht werden muss, um die negative Entwicklung der letzten Jahre mit wachsender Ungleichheit zwischen den ärmsten und reichsten Ländern, belegt durch den Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI), zu stoppen.

Laut UNDP erleben wir eine globale Blockade, da die globalen Herausforderungen immer mehr werden, viele Institutionen dem nicht gewachsen seien, und die zunehmende politische Polarisierung internationale Kooperationen weiter erschwere.

Die Covid-19 Pandemie hat die Welt in die größte Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg gestürzt. Danach hätte es die Möglichkeit gegeben, sich besser zu entwickeln („building forth better“), jedoch ist das nicht passiert. Vielmehr ist die Armut in den ärmsten Ländern gewachsen. Die Zahl der Todesopfer in Kriegen und die Vertreibung von Menschen durch gewaltsame Konflikte hat zugenommen und den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht. Nicht alle der Verluste – wie die Todesopfer – sind wieder gutzumachen.

Die Autor*innen des Berichts argumentieren, dass globale, interdependente Herausforderungen dennoch noch – aber auch nur – durch kollektives Handeln und Kooperation bewältigt werden können. Populistischen (auf Egoismus bauenden) Diskursen – wie etwa jenem gegen die Aufnahme von Flüchtlingen in reichen Ländern – müsse klar entgegengetreten werden. Es wird geschätzt, dass aktuell rund 300 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen – das ist eine sehr hohe Zahl an Menschen, die alles verloren haben und von der Unterstützung anderer abhängig sind.

Im Bericht wird argumentiert, dass wir die Chancen der globalen Vernetzung (etwa im Bereich der Information) nutzen sollten, und – ein wesentliches Fazit – „die Zusammenarbeit dem Konflikt vorziehen“ müssen. Da wir uns zwar für eine „De-Globalisierung“ entscheiden können, nicht aber für eine „Ent-Planetisierung“, brauche es eine „Architektur des 21. Jahrhunderts für die internationale Zusammenarbeit zur Bereitstellung globaler öffentlicher Güter“. Damit sollte eine Strategie zur Stärkung der kollektiven Handlungsfähigkeit („agency“) der Menschen verbunden sein – noch immer sind Frauen* benachteiligt und vielfach unterrepräsentiert –, sowie eine Stärkung des Vertrauens in die Sinnhaftigkeit und den globalen (und schließlich auch individuellen) Benefit der Umverteilung von Mitteln im Rahmen internationaler Kooperation. (CT)

UNDP (2024): [Human Development Report 2023/2024. Breaking the gridlock. Reimagining cooperation in a polarized world](#)

Glossar / Abkürzungen

Agreed Conclusions – Abschlusserklärung der einmal jährlich tagenden UN-Frauenstatuskommission

CSW – Commission on the Status of Women / UN-Frauenstatuskommission

HDI – Human Development Index / Index zur menschlichen Entwicklung

Extraktivismus – Ausbeutung von in der Erde lagernden Rohstoffen wie Erzen oder fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas)

Intersektionalität – Überschneidung bzw. Gleichzeitigkeit verschiedener Formen von sozialer Diskriminierung

ILO – Internationale Labour Organization / Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen

„Pink tax“ – „rosa Steuer“: bezeichnet einen Preisaufschlag bei speziell von Frauen benötigten Produkten

SDGs – Sustainable Development Goals / UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (2021-2030)

SRHR / SRGR – Sexual and reproductive health and rights / Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte

UNDP – United Nations Development Programme / Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

UNFPA – United Nations Population Fund / UN-Bevölkerungsfonds

UN WOMEN – Organisation der Vereinten Nationen für Frauenrechte

Gendergerechte Schreibweise

WIDE strebt an, eine gendergerechte, inklusive Sprache zu verwenden.

*Im WIDE-Update wird der Asterisk * folgendermaßen verwendet:*

*a) für einen gender-inklusive Plural, der alle Geschlechter umfasst (z.B. „Freund*innen“), und*

b) wenn trotz der Bezugnahme auf ein Geschlecht (im Singular oder Plural) Geschlechtervielfalt inkludiert oder hervorgehoben werden soll (Frau/Mann*; Frauen*/Männer*; Freundinnen*/Freunde*).*

Wird hingegen auf binäre Geschlechterrollen und -Normen (Mann/Frau) Bezug genommen, oder bei Verweisen auf Texte (etwa Rechtstexte), die auf einer binären Geschlechterkonstruktion basieren, wird in der Regel kein Asterisk verwendet.

Gefördert durch die



Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien, Tel: (++43-1) 317 40 31

office@wide-netzwerk.at www.wide-netzwerk.at ZVR-Zahl: 626905553

Redaktion: Claudia Thallmayer (CT)

Mitarbeit: Gertrude Eigelsreiter-Jashari (GEJ), Julia Günther (JG), Brigitte Holzner (BH), Aleksandra Kolodziejczyk (AK), Tania Napravnik (TN), Katharina Pliskal (KP) und Mara Elena Zöller (MZ)

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

WIDE-Update 2/2024, Frauen*armut ist kein Schicksal! UN-Frauenstatuskommission fordert Weichenstellungen und Investitionen, Juni 2024

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: office@wide-netzwerk.at.

Datenschutzerklärung: <https://wide-netzwerk.at/datenschutzhinweise/>